

## Antrag 2025/II/Soz/3

### Jusos Hamburg

#### Integration in Gastfreundschaft statt Isolation in Containern

1 Der Landesparteitag der SPD Hamburg möge beschließen: Die SPD-Bürgerschaftsfraktion und  
2 die sozialdemokratischen Mitglieder des Senats setzen sich dafür ein, ein kommunales Gastfa-  
3 milienprogramm für erwachsene Geflüchtete aufzulegen. Dieses soll ermöglichen, dass Privat-  
4 personen oder Familien, die bereit sind, Geflüchtete bei sich aufzunehmen, 1. eine monatliche  
5 finanzielle Unterstützung erhalten, 2. professionell begleitet werden (z. B. durch Sozialarbei-  
6 ter\*innen, Integrationsfachstellen...), 3. Zugang zu Integrationsangeboten für die aufgenom-  
7 menen Personen garantiert wird (Sprachkurse, Arbeitsmarktzugang...).

#### 8 **Begründung**

9 Geflüchtete werden in Deutschland nach wie vor häufig in Sammelunterkünften am Rand der  
10 Städte untergebracht, meist isoliert von der Gesellschaft, mit wenig Zugang zu sozialen Kon-  
11 takten, Sprachkursen oder dem Arbeitsmarkt. Diese Praxis erschwert Integration massiv und  
12 erzeugt vielfach genau die Probleme, die integrations skeptische Stimmen beklagen: Perspek-  
13 tivlosigkeit, Rückzug oder in seltenen Fällen auch kriminelle Handlungen aus purer Not. Dabei  
14 zeigen Beispiele aus Kanada oder dem Vereinigten Königreich, dass es anders geht. Dort er-  
15 halten Gastfamilien oder Unterstützergruppen finanzielle und fachliche Unterstützung, wenn  
16 sie Geflüchtete bei sich aufnehmen. Diese Unterstützung bringt beeindruckende Erfolge bei  
17 der Integration. Auch in Deutschland existieren Modelle für unbegleitete minderjährige Ge-  
18 flüchtete, doch für erwachsene Geflüchtete fehlt ein solches Angebot bislang fast vollständig,  
19 auch in Hamburg. Ein Gastfamilienmodell für Erwachsene kann helfen: • den angespannten  
20 Wohnungsmarkt zu entlasten, • Vorurteile in der Bevölkerung durch direkte Begegnungen ab-  
21 zubauen, • Integration menschlich und gemeinschaftlich zu gestalten. Dabei soll niemand zur  
22 Aufnahme verpflichtet werden. Menschen, die sich solidarisch engagieren wollen, sollen aber  
23 unter geregelten und unterstützenden Bedingungen die Möglichkeit dazu bekommen. In Ham-  
24 burg könnte ein solches Modell zunächst kommunal als Pilotprojekt starten, mit dem Ziel, es  
25 bundesweit als integrative Alternative zur isolierten Unterbringung zu etablieren.